

Positionspapier im Internet verfügbar unter
www.wv-kunststoff.org/positionspapier.pdf

Positionen der Wirtschaftsvereinigung Kunststoff (WVK)

im Wahljahr 2009

– Kurzfassung –

Frankfurt, 18. Juni 2009

Der Kunststoff-Standort Deutschland

Die Kunststoff-Industrie (Kunststoff-Erzeuger, -Maschinenbauer und -Verarbeiter) ist eine Schlüsselindustrie in Deutschland. Ihre 394.000 Mitarbeiter erwirtschaften einen Jahresumsatz von ca. 84 Milliarden Euro, mehrere hunderttausend Arbeitsplätze bei Zulieferern und Dienstleistern hängen direkt von ihr ab. Die deutsche Kunststoff-Industrie ist die Nummer eins in Europa.

Die globale Krise führt zu massiven Umsatzeinbrüchen in der Kunststoffindustrie. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Industrie ist stark abhängig von unseren Kundenindustrien. Wir unterstützen die von Bundesregierung und EU-Kommission ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung und zur Stimulierung der Konjunktur.

In den Zeiten der Krise einerseits und weiter zunehmenden globalen Wettbewerbs andererseits sind große Anstrengungen erforderlich, um Standortvorteile zu erhalten und auszubauen. Im globalen Standortwettbewerb muss Deutschland attraktiver für Investitionen werden, um bei Innovationen und Wachstum weiter vorn zu bleiben und Arbeitsplätze zu sichern.

Von der Politik erwarten wir, Bedingungen zu schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu stärken. Die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union sollten früh und mit Nachdruck vertreten werden.

Kunststoff ist der Werkstoff des 21. Jahrhunderts.

Ressourcenpolitik

Rohstoff Öl

Die Erzeugung von Kunststoff ist eine sinnvolle und nachhaltige Nutzung von Öl. Kunststoff leistet in allen Anwendungen wertvolle Beiträge zur Ressourceneffizienz.

Nachwachsende Rohstoffe

Kunststoff kann auf Basis vielfältiger Kohlenstoffquellen hergestellt werden. Alle alternativen Möglichkeiten sollten gefördert und bewertet werden.

Klimaschutz und Energieeffizienz

Kunststoff ist der Werkstoff der Energieeffizienz. Er gestattet in unzähligen Anwendungen ein Vielfaches dessen an Energie zu sparen, was zu seiner Herstellung und Verarbeitung nötig ist. Neue Technologien und Verfahren bereiten den Weg für weitere Energieeffizienzbeiträge durch Kunststoff. Zusätzliche steuerliche Anreize für forcierte energetische Sanierung von Gebäuden sollten gesetzt, weitere Information der Verbraucher und Bauherren betrieben werden.

Wettbewerbsfähigkeit

Energie- und Klimaschutzpolitik ist Standort- und Industriepolitik. Ziele der Energiepolitik sind wettbewerbsfähige Preise, Versorgungssicherheit und Ressourcenschonung. Die Belastung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch zusätzliche Kosten ist kontraproduktiv. Klimaschutz ist globale Aufgabe, mit verbindlichen Beiträgen aller. Deutsche oder europäische Alleingänge verursachen hohe volkswirtschaftliche Kosten und helfen dem Klima kaum.

Energiekosten

Wir plädieren für einen Energiemix. Keine Technologie sollte diskriminiert, keine Technologie unnötig lange subventioniert werden. Die Kunststoff-Industrie ist zügig als „exposed sector“ anzuerkennen. Höhere Belastungen aus den Strompreisen sind zu kompensieren.

Ressourceneffizienz

Kunststoffabfälle sind Sekundärrohstoffe. Die Kunststoffverwertung funktioniert: In neun Ländern Europas werden jeweils mehr als 80 Prozent der Kunststoffabfälle verwertet. Nachholbedarf in anderen Ländern ist verstärkt anzugehen.

Abfallrahmenrichtlinie

Die europäische Abfall-Rahmenrichtlinie sollte ohne Verschärfung oder Detailausgestaltung in nationales Recht EU-einheitlich umgesetzt werden. Eine umfassende Recycling-Definition

beinhaltet werkstoffliche und rohstoffliche Verfahren. Effiziente Verbrennungsanlagen sind Verwertungsanlagen. Die Verwertungshierarchie wird flexibel angewandt.

Bioabbaubare Kunststoffe

Bioabbaubare Kunststoffe erweitern die Kunststofffamilie. Sie können konventionelle Kunststoffe ergänzen, nicht ersetzen. Die Kunststoff-Industrie unterstützt Entwicklung und Einsatz bioabbaubarer Kunststoffe, wo sie weitere Möglichkeiten eröffnen. Gesetzliche Regelungen der Rohstoffbasis engen das Innovationspotenzial bioabbaubarer Kunststoffe ein. Bioabbaubarkeit löst weder das Problem der Abfallentstehung noch das der Vermüllung der Landschaft.

Verbraucherschutz

Verbraucher kommen mit Kunststoffen im Alltag regelmäßig in Kontakt. Die Kunststoff-Industrie nimmt ihre Produktverantwortung ernst.

Kunststoffrohre

Bevorratung und Transport von Trinkwasser mit Kunststoff ist Ressourcenschonung und Verbraucherschutz zugleich. Kunststoff gewährleistet Verfügbarkeit und Qualität von Trinkwasser zu vernünftigen Kosten. Die Politik sollte dies bei ihren Bemühungen zur Trinkwasserversorgung einer wachsenden Weltbevölkerung berücksichtigen.

Kunststoffadditive

Die Verfügbarkeit bestimmter Additive und damit das Einsatzspektrum von Kunststoffen werden wegen des beträchtlichen Aufwandes unter REACH zurückgehen. Die „Kandidatenliste“ für zulassungspflichtige Stoffe provoziert die Vorverurteilung von Stoffen ohne seriöse Risikoabschätzung. Wissenschaftliche Kriterien müssen maßgeblich sein für die Auswahl von Stoffen für die Kandidatenliste oder die Liste zulassungspflichtiger Stoffe.

REACH

Polymere müssen auch weiterhin von den REACH-Anforderungen ausgenommen bleiben. Eine Änderung dieser Regelung sollte unterbleiben, da sie eine Multiplizierung zu registrierender Stoffe bedeutete. Ein konsistentes Stoffrecht, das die weiteren chemikalienrelevanten Regelwerke in der europäischen Gesetzgebung einbezieht, ist auch weiterhin anzustreben. Probleme der praktischen Umsetzung von REACH sind bei der Weiterentwicklung der REACH-Verordnung zu berücksichtigen.

Kunststoffabfälle

Die aktuelle REACH-Debatte bedroht Teile des Kunststoff-Recyclings. Sie sollte mit Augenmaß geführt werden, um die erreichten Fortschritte in der Kunststoffabfallverwertung und die

gewachsene Verwertungsindustrie wie auch die von ihr geschaffenen Arbeitsplätze nicht zu gefährden.

Gebührenreduktion REACH

Die Gebührenverordnung der ECHA muss sich am Bearbeitungsaufwand durch die Agentur orientieren.

Innovationen und Zukunftstechnologien

Nanotechnologie

In enger Abstimmung von Politik und Industrie sollte die Akzeptanz neuer Technologien wie der Nanotechnologie gefördert und Bedingungen geschaffen werden, die deren Einsatz auch in Deutschland ermöglichen. Die Energieforschung, zu der Kunststoffe innovative Beiträge leisten, sollte intensiviert werden. Forderungen nach neuen gesetzlichen Regulierungen sollte nicht nachgegeben werden.

Steuerliche Forschungsförderung

Steuerliche Forschungsförderung ist notwendig. Neben „klassischer“ Projektförderung schlagen wir Steuergutschriften auf Forschungs- und Entwicklungsausgaben vor.

Forschungsstandort Deutschland

Die deutschen Hochschulen müssen international wettbewerbsfähiger werden. Eine bessere Grundausstattung, größere Hochschulautonomie und mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Bund und Länder sollten Mittel an die Wissenschaft im Wesentlichen nach Leistungskriterien vergeben.

Patentschutz

Die Schaffung eines kostengünstigen europäischen Gemeinschaftspatents bietet Chancen für deutsche Unternehmen, auch für die kleinen und mittleren. Außerdem sollte die Vergütung für Arbeitnehmererfindungen grundlegend reformiert werden.

Bildungspolitik

Qualität und Wettbewerb

Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter sind für den Unternehmenserfolg im globalen Wettbewerb die beste Grundlage. Die Kunststoffindustrie setzt auf den Nutzen einer zielgerichteten dualen Ausbildung. Das duale Ausbildungssystem muss kontinuierlich weiterentwickelt werden, um veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Die Ausbildungsreife muss

konsequent gefördert werden. Eine Vereinheitlichung bildungspolitischer Länderregelungen und die Einführung von Fachklassen für die Ausbildung ist notwendig.

Um den Wettbewerb unter den Hochschulen zu stärken, muss die Autonomie der Hochschulen bei der Mittelverwendung und bei Personalentscheidungen gestärkt werden. Benachbarte Hochschulen sollten durch bessere Abstimmung und forcierte Zusammenarbeit in Forschung und Lehre zur Stärkung und Profilbildung der Hochschulstandorte beitragen. Die Studierenden sollten mehr Wahlmöglichkeiten bei der Auswahl der Hochschule erhalten, die Hochschulen auf die Auswahl der Studierenden Einfluss nehmen können.

Wettbewerbsfähigkeit

Unternehmensteuerreform

Um Forschung und Entwicklung auch für die Zukunft zu rüsten, sollte die Unternehmenssteuerreform nachgebessert werden. Die Regelungen zu Zinsschranke und Funktionsverlagerung müssen an die betriebliche Realität angepasst, der Entfall von Verlustvorträgen und die Abschaffung der degressiven Abschreibung rückgängig gemacht werden.

Erbschaftsteuerreform

Die Erbschaftsteuer sollte abgeschafft werden.

Mittelständische Unternehmen

Wir fordern eine wirksamere Gesetzesfolgenabschätzung mit dem Ziel, ein einfaches und überschaubares rechtliches Umfeld zu schaffen. Die in Deutschland und in der EU geltenden rechtlich verbindlichen Obergrenzen zur Definition klein- und mittelständischer Unternehmen sollten dem industriellen Mittelstand Rechnung tragen und daher angepasst werden.

Bürokratieabbau

Die Wirtschaft sollte dauerhaft von Berichts- und Informationspflichten entlastet werden. Bürokratieabbau bleibt eine dauerhafte Aufgabe der Politik.

Öffentliche Beschaffung

Öffentliche Beschaffungsprozesse müssen transparent und diskriminierungsfrei sein. Vorgaben aus der Sozial- und Umweltpolitik ohne Bezug zum Beschaffungsgegenstand schaden allen Beteiligten. Flexibles Auftrags- und Zahlungsverhalten der öffentlichen Hand schafft aktuell Erleichterung für Lieferanten. Flexibilität und Kulanz der Steuerbehörden helfen Liquidität für Unternehmen zu schaffen.

Dieses Positionspapier wurde in enger Abstimmung der Trägerverbände der Wirtschaftsvereinigung Kunststoff erstellt – PlasticsEurope Deutschland, Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie, Fachverband Kunststoff- und Gummimaschinen im VDMA.